

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 47 Amt Dönhoff 292 bis 297  
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 10 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

**Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**

## Programm der Gegenrevolution!

### Alarm!

**Republikaner! Verteidigt die Republik!**

Herr von Papen hat heute vormittag vor den bayerischen Industriellen eine Rede gehalten, die eine Kriegserklärung an alle deutschen Republikaner ist, eine Rede, die im deutschen Volk eine tiefe Beunruhigung hervorrufen wird und die darum auch für die Wirtschaft eine furchtbare Schädigung bedeutet.

Herr von Papen will nur an dem zweiten Teil der Reichsverfassung „nicht rütteln“. Dieser zweite Teil handelt von den „Grundrechten und den Grundpflichten der Deutschen“ in zumeist unverbindlicher Form. Der erste Teil enthält die Bestimmung, daß Deutschland eine Republik ist, daß alle Körperschaften nach demokratischem Wahlrecht zu wählen sind, daß die Regierungen des Vertrauens der Volksvertretungen bedürfen, kurz alle Bestimmungen über den Aufbau der demokratischen Republik.

Von diesem ersten Teil will Herr von Papen keinen Stein auf dem anderen lassen. Ueber die Staatsform selbst spricht er in zweideutigen Ausdrücken, die auf alle monarchistischen Umtriebe ermunternd wirken müssen. Er fordert die Unabhängigkeit der Regierung vom Parlament, also völlige Beseitigung des parlamentarischen Systems, eine erste Kammer, Verfassungsautonomie für die Länder, so daß sie reaktionäre Wahlsysteme und unter Umständen auch die Monarchie wieder einführen können.

Das sind gefährliche Pläne. Man kann aber vielleicht sagen, gegen diese gefährlichen Pläne bestehe der Schutz des Artikels 76. Danach kann die Verfassung nur durch Zweidrittelbeschluß des Reichstags oder durch Beschluß der Mehrheit aller Stimmberechtigten in einer Volksabstimmung geändert werden.

Herr von Papen kann nicht glauben, daß der nächste Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für seine Pläne haben wird. Er kann kaum glauben, daß eine Volksabstimmung ihn ans Ziel bringen wird.

Was sagt der Ernannte Hindenburgs zu dieser Frage?

Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertigstellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er dieser großen Aufgabe gewachsen ist! Lebensefähig sind nur diejenigen Einrichtungen, welche aufbauende Arbeit schaffen können.

Das ist eine Drohung an einen Reichstag, der sich den Wünschen der Barone nicht fügen will.

Und weiter:  
Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolge durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht...

An dieser gleichfalls äußerst drohend klingenden Aeußerung ist nur eines unbedingt richtig, daß die Regierung der Barone den Willen zu einer konterrevolutionären Verfassungsänderung hat. Daß sie den Auftrag dazu vom Reichspräsidenten erhalten hat, ist zunächst zu bezweifeln. Daß sie dazu die Macht hat, muß sie erst beweisen!

Herr von Papen läßt in seiner Rede die Möglichkeit offen, daß der Reichspräsident von Hindenburg eine Verfassungsänderung

zulassen könnte, die auf einem anderen Weg als dem verfassungsmäßigen zustande kommt. Damit führt Herr von Papen einen Schlag gegen die Autorität des Reichspräsidenten.

Die verfassungstreuen Elemente des deutschen Volkes, die Herrn von Hindenburg als Hüter der Verfassung in sein Amt eingeseht haben, fordern als Antwort auf die

Drohungen des Reichskanzlers eine bestimmte Erklärung des Reichspräsidenten, daß er eine Verfassungsänderung auf anderem als dem verfassungsmäßigen Wege niemals zulassen wird.

Sollte eine solche Erklärung ausbleiben, so wäre mit der Münchener Rede des Reichskanzlers der Machtkampf um die Republik und die Demokratie eröffnet. Zugleich

aber wären alle Grundlagen von Treu und Glauben erschüttert, auf denen sich jedes geordnete Gemeinschaftsleben aufbaut.

Das Verhängnis schreitet fort. Aufgehalten kann es nur werden, wenn sich eine gewaltige Welle des Volkswillens ihm entgegenwirft.

Republikaner, verteidigt die Republik!

## Papens Kriegserklärung an Weimar

Rede vor den bayerischen Industriellen

München, 12. Oktober.

Reichskanzler von Papen hat heute auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des bayerischen Industriellenverbands eine Programmrede gehalten, in der er seine Pläne zur Verschlagung der Verfassung von Weimar entwickelte. Seine Ausführungen über seine Pläne zur Verfassungsverschlechterung lauten:

Mit Recht hat der Herr Vorsitzende noch auf eine Vorbedingung für eine dauernde Befundung der Wirtschaft hingewiesen, auf den Umbau der Verfassung des Deutschen Reiches. Ohne stetige politische Verhältnisse kann Handel und Wandel des Volkes nicht gedeihen. Die Weimarer Verfassung hat in einer Periode von 13 Jahren gezeigt, daß sie solche Verhältnisse nicht schaffen könnte. Ueberall ist die Erkenntnis verbreitet, daß die Zeit zu dieser Reform gekommen ist. Gerade von München her sind dankenswerte Anregungen gegeben worden. Wie unsere großen Parteien sind sich in der Erkenntnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig. Der Führer des Zentrums hat bekanntgegeben, daß er demnächst ein Verfassungsprogramm verkündigen

werde, und es sollte mich freuen, wenn er aus den Erkenntnissen, die er schon vor vier Jahren über die Notwendigkeit einer stabilen Regierung ausgesprochen hat, jetzt dieselbe Folgerung zieht wie ich. Ich stimme auch dem Herrn Staatsrat Schäffer zu, daß die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 einmal abgeschlossen werden muß.

Das aber kann nur durch ein neues Verfassungswerk geschehen, welches das Verhältnis zwischen Staat und Volk und zwischen Reichsgewalt und Ländern in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten der Zukunft in Würdigung der historischen Staatspersönlichkeiten neu bestimmt. Wir wollen eine machtvolle und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin- und hergetrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein rocher de bronze. Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvolle und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volk gebracht

wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil II der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen.

Die Reichsregierung muß unabhängiger von den Parteien gestellt werden. Ihr Bestand darf nicht Zufallsmehrheiten ausgeliefert sein. Das Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung muß so geregelt werden, daß die Regierung und nicht das Parlament die Staatsgewalt handhabt.

Als Gegengewicht gegen einseitige, von Parteiinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstags bedarf Deutschland einer besonderen ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Heute ist das einzige Korrektiv gegen das überippte parlamentarische System und gegen das Versagen des Reichstags die Verordnungsgewalt des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. Sobald aber wieder stetige und normale Verhältnisse herrschen, wird auch kein Anlaß mehr sein, den Artikel 48 in der bisherigen Weise anzuwenden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform in engem Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die geschichtlich gewordenen deutschen Staatsgebilde sollen nicht vergewaltigt werden. Die Reichsregierung lehnt jede Maßnahme ab, die unmittelbar oder mittelbar eine Verschlagung Preußens bedeutet. Eine Auflösung des preußischen Staatsgefüges, eine Auflockerung der in langer Geschichte gewordenen Einheit, eine Aufgabe der Ost-West-Kammer können nicht die Grundlage einer Reichsreform sein, wie sie der Reichsregierung vorsteht. Die Erhaltung Preußens in seinem Bestand als staatsrechtliche Einheit wird nicht nur von Preußen als eine selbstverständliche Forderung angesehen, sie dürfte auch von den anderen Ländern als Sicherung gegen eine Reduktion der außerpreussischen Länder betrachtet werden. Das Schwergewicht der Reichsreform muß in der Beseitigung des allgemein, auch von bayerischer Seite, beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen. In ihr wird die Zusammenfassung der wichtigsten Organe des Reiches und Preußens erreicht werden.

Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern die gerade von bayerischer Seite erstrebte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Artikel 18 der Weimarer Verfassung beseitigte Gebietsautonomie für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wiederhergestellt werden. Auch eine Reihe weiterer Wünsche, die im Interesse der Stärkung der Stellung der Länder erhoben werden, ist erwähnenswert. Vor allem wäre es denkbar, den Ländern freie Hand in der Gestaltung des Gemeindevahlrechts zu geben und für den Ausbau des Landes-

## Preußens Beweisangebote

Was haben Papen und Hitler verhandelt?

F. Kl. Leipzig, 12. Oktober.

Die preussische Prozeßvertretung hat loben ihre Beweisangebote neu formuliert und dem Gericht eingereicht. Diese Angebote haben jetzt folgenden Wortlaut: Dem Vorgehen der Reichsregierung gegen das Land Preußen vom 20. Juli 1932 sind Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Unterstützung des Kabinetts von Papen durch sie vorausgegangen, bei denen in Aussicht gestellt worden ist:

1. Aufhebung des Uniformverbots,
2. Aufhebung des Verbots der Sturmabteilungen,
3. Aenderung der amtlichen Personalverhältnisse in Preußen in parteipolitischer Hinsicht,
4. Einsetzung eines bewährten Mannes als Ministerpräsident oder Reichskommissar in Preußen,
5. Umorganisation der inneren Verwaltung in Preußen unter starker Mitwirkung von nationalsozialistischen Kräften.

Diese Umstände sind entscheidend bestimmend gewesen für das Vorgehen am 20. Juli 1932, namentlich für die Ausdehnung und Gestaltung dieses Vorgehens. Für den Fall, daß der Staatsgerichtshof diese Tatsache nicht bereits als feststehend ansieht und für den Fall, daß man den Anträgen des Freistaates Preußen und den Fraktionen des Preussischen Landtages nicht schon auf Grund des übrigen Ergebnisses der Verhandlungen stattgibt, wird beantragt, über diese Tatsachen Beweis zu erheben durch Vernehmung:

- a) des Freiherrn von Gleichen, Berlin, Friedrich-Ebert-Strasse 15,
- b) des Herrn Adolf Hitler, München, Braunes Haus.

Außerdem wird gebeten, über die gleichen Fragen zu hören:

- c) den Herrn Reichskanzler Freiherrn von Papen, Berlin, Reichskanzlei,
- d) den Herrn Reichswehrminister von Schleicher, Berlin,
- e) den Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei, Pflanz.

Sollte der Staatsgerichtshof erkannt haben, die zu c) und d) genannten Herren als Zeugen zu hören, so wird gebeten, das persönliche Erscheinen der Parteien, zum mindesten das Erscheinen der zu c) und d) genannten Mitgliedern der Reichsregierung anzuordnen.

(Siehe auch 3. Seite.)

## Nazi-Parteibuch regiert

Wo Nazis regieren, herrscht das braune „Parteibuch“. Das ist eine alte Erfahrung. In Thüringen hat sie sich so schnell bestätigt, daß eine Abordnung des thüringischen Richtervereins schon wenige Wochen nach dem Amtsantritt der Nazi-Regierung in Weimar bei dieser gegen die sprunghafte Befehlsgebung von Stellen des juristischen Dienstes mit Nationalsozialisten Protest erhoben hat.

wahrheits Wunschen der Wähler Rechnung zu tragen.

Sch habe Ihnen in diesen kurzen Worten durchaus kein erschöpfendes Bild von der Reichsreform geben können, ich habe nur Grundlinien umrissen, nach denen dieses Gebäude aufgeführt werden soll, das dem deutschen Volke hoffentlich auf lange Zeit eine feste Wohnung bieten wird.

Die Väter der Weimarer Verfassung haben selbst die Erkenntnis befaßt, daß sie das Schicksal des deutschen Volkes nicht allein in die Hand des Reichstages legen konnten. Sie haben in der Institution des Reichspräsidenten eine zugleich demokratische und autoritäre Gewalt geschaffen — die einzige, die sich heute auf eine Mehrheit des Volkes stützen kann.

Die Reichsregierung hat bei ihrem Antritt als oberstes Ziel ihrer Innenpolitik die Vereinigung aller wahrhaft nationalen Kräfte proklamiert. Das Ziel bleibt unerrückt bestehen — muß bestehen bleiben, um Deutschlands willen — auch wenn die Wege heute auseinanderführen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolg durchzuführen.

Das Volk — Reich und Länder —, sie müssen das neue Deutschland bauen. So möge von den Alpen bis zur Memel der unerschöpfliche Kraftstrom des sacrum imperium (das heilige Reich), der unzerstörbaren Idee des heiligen Deutschen Reiches durch die Länder eilen.

In den übrigen Partien seiner Rede führte von Papen etwa aus:

„Die Einheit des Reiches in seiner Weltgeltung wieder zum Ausdruck zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Weil wir den Frieden wollen, fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung.“

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat, das kann ich ohne Uebertreibung sagen, in den Kreisen der Wirtschaft in seinem grundsätzlichen Teil einen so starken und zutreffenden Widerhall gefunden, wie kaum eine Regierungsmaßnahme der Nachkriegszeit.

Zur Handelspolitik kann ich nur das in Kürze beibringen wiederholen. Den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie lehnt die Reichsregierung ab. Deutschland muß jede Arbeitsgelegenheit ausnützen, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet.

Man ist soweit gegangen, aus dem sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms auf eine besondere Arbeiterfreundlichkeit der Reichsregierung zu schließen.

Wetter für Berlin: Noch überwiegend bewölkt, ohne nennenswerte Niederschläge, Temperaturen wenig verändert, schwache Luftbewegung.

# Raubüberfall in Belten

## Ueberfall auf Rentnerhepaar

### An die Unrechten geraten

In der vergangenen Nacht fielen etwa 15 bis 20 uniformierte Hakenkreuzler in der Schloßstraße in Sieglitz über drei Männer her, die sie offenbar für politische Gegner gehalten hatten.

Von Beamten der Politischen Polizei wurde nachts in der Anhaltstraße eine Razzia in einem nationalsozialistischen Parteibüro veranlaßt.

# Barrikaden in Belfast

## Schwere Arbeitslosenunruhen — 1 Toter, 50 Schwerverletzte

Meldung der „Telegraphen Union“

London, 12. Oktober.

In Belfast (Hauptstadt von Nord-Irland) kam es in der Nacht zum Mittwoch trotz umfassender Vorkehrungsmaßnahmen der Polizei zu schweren Arbeitslosenunruhen.

2000 Polizisten standen etwa 15 000, teilweise

mit Schusswaffen ausgerüsteten Arbeitslosen gegenüber. Die griffen die Polizei überall rücksichtslos mit Steinen, Flaschen und anderen Wurfgeschossen an.

aus dem Glauben sei. Das Wesentliche jeder konservativen Weltanschauung ist ihre Verantwortung in der göttlichen Ordnung der Dinge.

### Polemik gegen Hitler

Man hat gesagt, daß der 13. August dieses Jahres ein Schicksalstag gewesen sei. Dener Tag sollte der Synthese aller wahrhaft nationalen Kräfte dienen.

## Der Stahlhelmzug

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Braunschweig, 11. Oktober.

In der heutigen Landtagsagung fanden die nationalsozialistischen Uebergriffe bei dem Stahlhelmzug ein parlamentarisches Nachspiel.

## Rm. 350.- Bargeld und wertvolle Preise

sind für die Leserinnen des „Vorwärts“ durch Teilnahme an dem Preisausschreiben über den Roman „Gilgi, eine von uns“ zu gewinnen.

v. Bellmond in der Kantstrafe teilgenommen hatten, und sich seitdem verborgen halten.

## Zuchthausstrafe für Brandstifter

Das Schwurgericht III verurteilte den dreißigjährigen früheren Landwirt Berg wegen vorfälliger Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus.

Zustände, um allerdings von sozialdemokratischer Seite zu hören, daß die Bürgerlichen in Braunschweig jahrelang diese Zustände gebuhet, ja gefordert hätten, und trotz der zahlreichen Klagen und Beschwerden der Arbeiterbevölkerung kein Wort der Kritik gefunden hätten.

## KPD.-Stügen

### Sie haben kurze Beine

Ein Beispiel dafür, wie die kommunistische Presse ihre Leser belügt, bietet das „Volks Echo“.

„Die Bantrousteure des 20. Juli an der Spitze der SPD-Ältesten. Die SPD-Arbeiter fordern Abhebung Künstlers — der Parteivorstand stellt ihn als Spitzenkandidaten auf.“

Wer mit unserem Parteiloben vertraut ist, weiß, daß unsere Abgeordneten nicht vom Parteivorstand und auch nicht vom Berliner Bezirksvorstand, sondern von den Mitgliedern der Partei in den Kreisdelegiertenversammlungen aufgestellt werden.

Die KPD. schließt scheinbar von sich auf andere, die ihr werden allerdings die Kandidaten nicht von den Mitgliedern, sondern vom ZA aufgestellt.







